

Gegenwind und düstere Prognosen

„Das ist ein Hammer“ überschrieb *die* Berliner Zeitung *taz* kürzlich einen Bericht, in dem es um die aktuelle und künftige Finanzlage des Landes Niedersachsen geht. Hintergrund ist ein Gutachten des Finanzexperten Prof. Dr. Stefan Homburg von der Universität Hannover, der zum Beraterkreis des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff gehört. Auch die Neue Osnabrücker Zeitung brachte die Horrormeldung am selben Tag (18. 5.) als Aufmacher auf der ersten Seite. Laut dem Homburg-Gutachten droht dem Land Niedersachsen der Bankrott bis zum Jahr 2030, wenn nicht einschneidende Veränderungen auf der Ausgaben und Einnahmeseite erfolgen.

Ob ein solches Gutachten seriös genannt werden kann, darf bezweifelt werden. Die Botschaft wird jedoch haften bleiben, und der Zweck des Ganzen ist offensichtlich. Die mögliche Zahlungsunfähigkeit des Landes soll als Keule benutzt werden, um weitere gravierende Einschnitte vornehmen zu können. Laut Homburg sollten jährlich 2,5 Milliarden (!!!) Euro eingespart werden. Das entspricht in etwa einem Achtel des Niedersächsischen Landeshaushaltes. Der Bund der Steuerzahler präsentiert als Auftraggeber der Studie zeitgleich eine Streichliste. Die Vorschläge reichen von der Schließung ganzer Institutionen bis zu massiven Kürzungen bzw. dem Wegfall von diversen sozialen Leistungen.

Egal, ob auf dem Firmenschild *Rot-Grün* oder *Schwarz-Gelb* steht, der Circulus vitiosus wird sich also fortsetzen: d.h. Personalabbau, weniger Arbeitsplätze, weniger Lohnsteuereinnahmen und weniger staatliche Leistungen einerseits und Mehrbelastungen für die (Noch)Beschäftigten auf der anderen Seite. Zu den Vorschlägen gehört u.a. „selbstverständlich“ die Kürzung der Beamtenpensionen. Auch betriebsbedingte Kündigungen im öffentlichen Dienst werden nicht mehr ausgeschlossen. Die Schließung von Schulstandorten droht ebenfalls dort, wo Schülerzahlen sinken und sich dadurch Einsparungen erzielen lassen (siehe das Beispiel Sachsen dieser Tage!). „Rosige Perspektiven“ also für das Land Niedersachsen, obwohl eigentlich an der Bildung, wenn überhaupt, dann zuletzt gespart werden soll. Immerhin sieht der Bund der Steuerzahler die Bildung noch als eine der Kernaufgaben des Staates an, die bleiben soll, andere Aufgaben scheinen demgegenüber entbehrlich zu sein.

Auch die Mitglieder der Bildungsgewerkschaft GEW werden sich angesichts dieser Perspektiven noch dringlicher die Frage stellen müssen, wie sie mit den daraus resultierenden Gegebenheiten umgehen sollen. Die GEW hat bei den Personalratswahlen im April ein Rekordergebnis erzielt. Das ist sehr zu begrüßen, doch ebenso wichtig wie starke Personalräte wird es sein, dafür einzutreten, dass die Rahmenbedingungen der Arbeit nicht gravierend schlechter, sondern besser werden und die Mitbestimmungsrechte uneingeschränkt erhalten bleiben. Wochen und Lebensarbeitszeit dürfen nicht weiter verlängert werden. Die Auseinandersetzungen und Konfrontationen werden in den vor uns liegenden Zeiten zunehmen. Darauf müssen wir uns einstellen und entsprechend agieren. Wir brauchen engagierte Mitstreiter und Mitglieder an allen Fronten. Wer jetzt resigniert und die Rahmenbedingungen als sogenannte Sachzwänge notgedrungen akzeptiert, der hat bereits verloren. Bildung muss uneingeschränkt Vorfahrt haben, das muss jedem klar sein!

Angesichts der gegenwärtigen politischen Landkarte in der Republik sieht es auf der anderen Seite der Medaille unter dem Stichwort (*Innere*) *Schulreform und Schulstrukturdebatte* keineswegs besser aus. Symptomatisch für das weitere Festhalten an konservativen Reformvorstellungen ist zum Beispiel ein Kommentar von Heike Schmoll in der FAZ v. 13. Mai, in dem Gleichheitswahn, Kuschel und Spaßpädagogik in den Schulen wieder einmal polemisch angeprangert werden. Für Frau Dr. Schmoll ist es unverständlich, dass einige Kultusminister weiterhin „von innerer Schulentwicklung, schlanken Lehrplänen, selbstbestimmtem Lernen schwärmen und dabei dem Lehrer allenfalls noch die Rolle eines Showmasters zuweisen.“ So gründlich kann man also das missverstehen, was Reinhard Kahl in seinen Filmen über eine andere Schulkultur vermittelt. Nachzulesen ist der Schmoll-Text im Web auf den Seiten der FAZ (www.faz.net).

Wir dürfen gespannt sein, welche Ergebnisse aus den Schulen der deutschen Provinzen in Nord und Süd, Ost und West in den nächsten Jahren dank Bildungsstandardisierungen und Vergleichstests präsentiert werden. Die politischen Rahmenbedingungen für eine Diskussion über eine *Gemeinschaftsschule für Alle*, also über die 4. Klasse hinaus, haben sich nicht verbessert: im Gegenteil. Die konservativen Leitbilder von Familie, Erziehung, Schule und Bildung sind weiterhin vorherrschend. Allerdings gibt es auch kleinere Lichtblicke und Einsichten, die so vor einiger Zeit noch nicht zu erwarten waren. Die Niedersächsische Landesregierung hat Anfang März eine mehrtägige Zukunftsklausur im Kloster Loccum abgehalten und dort mit Wissenschaftlern und Experten aus der Praxis über Probleme und Problemlösungen diskutiert. Neben dem Thema Haushaltskonsolidierung (mit dem bereits genannten Experten Prof. Homburg) sprach man dort auch über die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Sachen Bildung. Ministerpräsident Wulff hat die Förderung der frühkindlichen Bildung als eines der zentralen Zukunftsthemen identifiziert, vermutlich dank McKinsey. Möglicherweise zeigt sich hierin zugleich noch ein kleiner Erfolg als Spätfolge unserer Aktion aus dem Jahre 2003. Der Kreisverband Osnabrück-Stadt hatte damals dem Ehepaar Wulff eine Videokassette des Skandinavienfilms von R. Kahl übersandt. Vielleicht sollten wir die 3 CD's zum Film *Treibhäuser der Zukunft* aus dem Jahr 2004 jetzt ebenfalls noch einmal an die Wulffs weitergeben. Das kann ja nicht schaden. Späte Einsichten sind immer noch besser als das Festhalten an überkommenen Leitbildern. Auch wenn es mühsam ist mit den Fortschritten: Wir geben nicht auf trotz heftigem Gegenwind.

Uta Arnemann